



## Schwierige Freiheit

Der IS ist auf dem Rückzug aus Mossul, doch Misstrauen bleibt. Seite 3

Foto: Sylvio Hoffmann

## Verbrecherische Ärzte

Vor 70 Jahren standen in Nürnberg Nazi-Mediziner vor Gericht. Seite 10

## Mörderisches Hobby

Ulrich Seidl zeigt in »Safari« die Großwildjagd in Afrika. Seite 17

Foto: Ulrich Seidl Film Produktion

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 8. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 287

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Weg nach rechts

Aert van Riel über die Beschlüsse der CDU zur Migrationspolitik

Die CDU begibt sich auf den Weg nach rechts. Bei ihrem Essener Bundesparteitag ließ die Parteispitze einen Forderungskatalog absegnen, nach dem Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, nicht menschenwürdig behandelt werden sollen. Ihnen wird etwa mit längerer Abschiebehaft und Leistungskürzungen gedroht. Doch diese Verschärfungen gingen vielen Delegierten nicht weit genug. Sie wollten außerdem gesetzliche Fortschritte rückgängig machen, die vor allem für Kinder türkischer Einwanderer erzielt wurden. Diese sollen sich laut CDU-Parteitagbeschluss wieder zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Die Forderung wird zunächst allerdings nicht durchsetzbar sein, weil die SPD den Änderungen am Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft in keinem Fall zustimmen würde.

Die Entscheidung, welche die Mehrheit der CDU-Delegierten nun gegen einen Punkt der Koalitionsvereinbarung und gegen den Willen der eigenen Führung getroffen hat, zeigt, dass viele Christdemokraten in schwarz-roten Kompromissen eine Verwässerung des konservativen Profils ihrer Partei sehen. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Politiker verstärkt für eine Annäherung an die AfD aussprechen werden. Noch gilt die rechte Konkurrenz für die CDU als zu wenig berechenbar, um ernsthaft über schwarz-blaue Bündnisse nachzudenken. Doch das könnte sich in einigen Jahren ändern. Denn die Parteitagbeschlüsse der CDU in Essen zeigen, dass die beiden Parteien inhaltlich immer weniger trennt.

## UNTEN LINKS

Nicht nur das lose Mundwerk des Großmauls Donald Trump ist berüchtigt. Ebenso viel Besorgnis gilt der Tatsache, dass der hyperaktive Populist seine Finger nicht stillhalten kann – zumal wenn sich ein internetfähiges mobiles Endgerät in deren Nähe befindet. Zuletzt brüskierte Trump mit einem seiner Tweets den Luftfahrtkonzern Boeing, den das Pentagon mit dem Bau zweier neuer Präsidentenmaschinen (Air Force One) beauftragt hat. »Bestellung stornieren!«, lautet die Kernbotschaft des designierten Präsidenten, die einer Trump-skeptischen Wortmeldung des Boeing-Vorstandschafts auf dem Fuße folgte. Angeblich liefen die Kosten aus dem Ruder. Spekuliert wird nun darüber, ob Trump, der von schabernackigen Frisurkritikern längst mit dem Spitznamen »Hair Force One« belegt wurde, womöglich seine Privatmaschine dem militärisch aufgerüsteten Staatsjet vorzöge. Näher liegt eine andere Erklärung: Ein Trump braucht überhaupt kein Flugzeug, um in die Luft zu gehen. mha

ISSN 0323-3375



Foto: dpa/Rainer Jensen

## Nie wieder freundliches Gesicht

Die CDU verabschiedet sich endgültig von einer humanen Asylpolitik

Essen. Die CDU hat zum Abschluss ihres Bundesparteitags in Essen ein Programm zur Entrechtung zahlreicher Asylbewerber beschlossen. In dem am Mittwoch verabschiedeten Leitantrag werden unter anderem schnellere Abschiebungen und die Einrichtung von grenznahen Transitzonen gefordert. Zudem sollen Leistungen gekürzt werden, wenn Flüchtlinge etwa »falsche Angaben« machen.

»Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann, darf und soll sich nicht wiederholen«, hatte Kanzlerin Angela Merkel den rund 1000 Delegierten bereits am Dienstag versprochen. Das bedeutet, dass sie nie wie-

der Hunderttausende Schutzsuchende ins Land lassen will. Die CDU-Chefin ist in der Flüchtlingspolitik längst vor ihren Kritikern eingeknickt. Im September 2015 hatte sie noch erklärt: »Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.«

Solche Aussagen haben ihr viele Konservative übel genommen. Auch mit der Großen Koalition waren die CDU-Delegierten nicht völlig zufrieden. Die Junge Union setzte sich mit einem Antrag knapp gegen die Parteispitze durch, wonach Kompromisse mit der

SPD bei der doppelten Staatsbürgerschaft aufgekündigt werden sollten. Nach dem Willen des CDU-Parteitags sollte die Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wieder eingeführt werden.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer begrüßt diese Entscheidung. Dagegen sprach Justizminister Heiko Maas von einer »Missbrauchserklärung« gegenüber grundgesetzentreuen Doppelstaatlern. Eine Abschaffung sei mit seiner SPD nicht machbar. Auch Angela Merkel bekräftigte nach dem Ende des Parteitags, es werde in dieser Legislatur keine Änderung geben. nd Seite 5

## Aleppos Altstadt in der Hand der Regierung

Deutschland und fünf weitere Staaten fordern sofortige Waffenruhe / Dringender Appell von UNICEF

Der Kampf um Aleppo scheint mit der Einnahme weiterer Viertel durch die Regierungstruppen entschieden. Hilfsorganisationen appellieren an Damaskus, Zivilisten zu schützen.

Von Roland Etzzel

Die syrischen Regierungstruppen sind ihrem Ziel, die zweitgrößte Stadt des Landes von gegnerischen Milizen zu befreien, am Mittwoch ein entscheidendes Stück nähergekommen. Wie sie laut AFP selbst mitteilten, haben die Verbände von Syriens Präsident Baschar al-Assad die Bezirke Bab al-Hadid und Akjul eingenommen und damit die Altstadt nahezu komplett in ihrer Hand.

Allerdings ist das zum Weltkulturerbe zählende Stadtgebiet nach jahrelangen Kampfhandlungen und Bombardierungen durch die russische und die syrische Luftwaffe weitgehend zerstört.

Noch immer kontrollieren syrische Rebellen im Bündnis mit dschihadistischen Terrororganisationen wie der Nusra-Front einen kleinen Teil der Stadt, die sie seit 2012 halten, als die Assad-Armee überall auf dem Rückzug war.

Erneut rückt damit die Frage nach dem Schicksal der Hunderttausenden Zivilisten im Kampfgebiet in den Blickpunkt. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und die USA haben am Mittwoch in einer gemeinsamen Erklärung einen entsprechenden Appell der Anti-Assad-Front unterstützt und eine sofortige Waffenruhe gefordert. Sie verurteilten das Vorgehen der syrischen Regierung und ihrer ausländischen Unterstützer, insbesondere Russlands, »zur Verhinderung humanitärer Hilfeleistungen«.

Sowohl die russische als auch die syrische Regierung haben das erneut abgelehnt. Damaskus und Moskau verweisen darauf, dass sie

einer sofortigen Waffenruhe zustimmen würden, wenn die gegnerischen Verbände die Waffen niederlegen. Dazu sind diese aber weiterhin nicht bereit.

Das Kinderhilfswerk der UNO will sich mit dieser Situation nicht

»So lange die Gewalt andauert, werden Kinder leiden.«

Hanaa Singer, UNICEF

abfinden. UNICEF forderte am Mittwoch in Berlin »freien und sicheren Zugang zu allen Kindern in Syrien« und appellierte »dringend und zum wiederholten Male« an alle Konfliktparteien, Kinder zu schützen. »So lange die Gewalt andauert, werden Kinder leiden«, sagte die UNICEF-Chefin für Syrien, Hanaa Singer, in Damaskus.

Die türkische Regierung überrascht mit der Mitteilung, dass sie bei ihren Vermittlungsversuchen zwischen Russland und den syrischen Rebellen auf besserem Wege als die UNO zu sein scheint. Die Türkei habe schon »sehr gute Erfolge« erzielt, sagte Ministerpräsident Binali Yıldırım bei einem Besuch in Moskau. Dabei wurde öffentlich gemacht, dass Abgesandte der regierungsfeindlichen Milizen schon seit längerer Zeit in Istanbul mit Vertretern der Auslandsopposition über die Modalitäten einer Kapitulation verhandeln.

Erneut, überraschend und ohne dazu irgend etwas mitzuteilen, hat sich Israel in den Konflikt eingemischt. Israels Luftwaffe hat laut syrischen Medienberichten einen syrischen Militärflughafen am Stadtrand von Damaskus angegriffen. Anwohner hätten am Morgen laute Explosionen gehört, meldete der libanesische TV-Sender Al-Mayadeen.

## Große Mehrheit der Berliner LINKEN für Rot-Rot-Grün

89,31 Prozent der Mitglieder stimmen für Koalitionsvereinbarung

Berlin. Eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Berliner Linkspartei hat sich in einem Basisentscheid für die Bildung einer rot-rot-grünen Koalition in Berlin ausgesprochen. Das gab die LINKE am späten Mittwochnachmittag bei einer Pressekonferenz in der Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus bekannt. Für die Koalitionsvereinbarung von SPD, Linkspartei und Grünen stimmten demnach 4151 Parteimitglieder (89,31 Prozent), dagegen sprachen sich 382 Mitglieder aus (8,22 Prozent), enthalten haben sich 115 Mitglieder (2,47 Prozent). Von den 7460 abstimmungsberechtigten Mitgliedern beteiligten sich 4763 (63,48 Prozent). 88 abgegebene Stimmzettel waren ungültig.

Der Noch-Landesvorsitzende der Berliner Linkspartei, Klaus Lederer, sprach in einer ersten Reaktion von einem »ausgesprochen großartigen Ergebnis«. »Berlin will den Wandel – es gibt Alternativen, aber nur mit uns«, sagte Lederer. mkr Seite 9

## Flucht gewährt – Pflicht erfüllt

Institut lobt deutsches Handeln 2015, kritisiert aber schärfere Asyl-Gesetze

Berlin. Der erste Bericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte lobt die Aufnahme der vielen Flüchtlinge im vergangenen Jahr. »Damit wurde Deutschland in einer Situation, in der das europäische Asylsystem versagte, seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht«, heißt es in dem am Mittwoch vorgestellten Dokument. Das Institut muss über seine Arbeit dem Bundestag einmal jährlich einen Bericht über die Situation der Menschenrechte in Deutschland vorlegen. Kritisch gehen die Autoren darin mit den seitdem verabschiedeten Asylrechtsverschärfungen ins Gericht.

Zwar räumt der Bericht ein, es seien Zugänge eröffnet worden. Das betrifft etwa die Teilnahme an Integrationskursen und den Zugang zum Arbeitsmarkt. »Andererseits wurden zahlreiche restriktive Maßnahmen ergriffen, die menschenrechtlich problematisch sind«, heißt es im Bericht. Verwiesen wird etwa auf die Residenzpflicht und die Einschränkungen beim Familiennachzug. epd/nd Seiten 4 und 6

## Kandidatenkür im EU-Parlament

Linksfraktion stellt eigene Kandidatin für Präsidentschaft

Brüssel. Die italienische Abgeordnete Eleonora Forenza wird für die Linksfraktion im EU-Parlament (GUE/NGL) als Kandidatin zur Wahl der Parlamentspräsidentschaft antreten. Der Vorstand der Fraktion nominierte die Vertreterin der Partei L'Altra Europa con Tsi-pras am Dienstagabend. Nach der Amtsaufgabe des bisherigen Präsidenten, des deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz, entscheidet das Parlament im Januar über den neuen Vorsitz. Am Mittwoch haben auch die Sozialdemokraten den Italiener Gianni Pittella als Fraktionschef bestätigt und als Kandidat für die Präsidentschaft nominiert.

Ebenfalls am Dienstagabend hatte die GUE/NGL ihre Fraktionsvorsitzende Gabi Zimmer im Amt bestätigt. Vorausgegangen waren nach nd-Informationen kontroverse Debatten um die Besetzung von Posten im Fraktionspräsidium und um die Arbeitsweise in der GUE/NGL. Derzeit gehören der Fraktion 52 Mitglieder aus 14 EU-Staaten an, die 19 verschiedene politische Gruppierungen vertreten. sat Personalie Seite 4